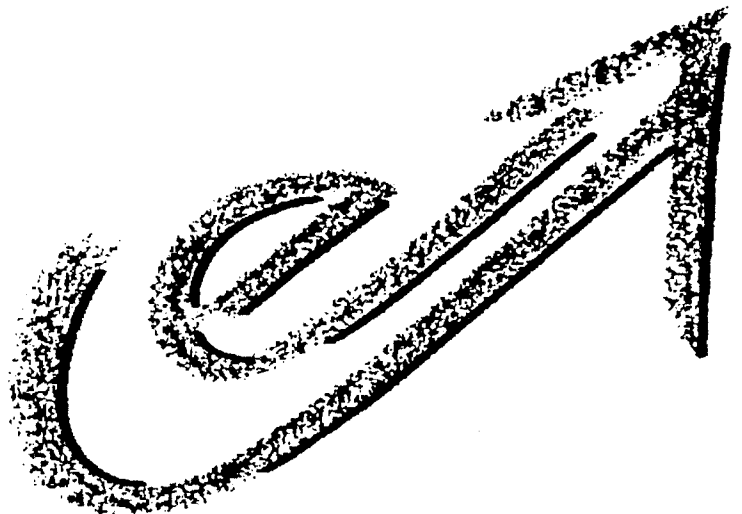


Die Leipziger Konferenzen

Abschlußbericht



**NRO-Konferenz: *In Safe Hands*
14. - 16. Juni 1996
und die
4. Internationale Technische
Konferenz der FAO über
pflanzengenetische Ressourcen
(ITC-4)**

Inhalt

TEIL I: In Safe Hands - Communities Safeguard Biodiversity for Food Security

1. Hintergrund der Konferenz
2. Durchführung der Konferenz

TEIL II: FAO-Konferenz über pflanzengenetische Ressourcen

1. Struktur und Ablauf der Konferenz
2. Die Tagesordnung
 - 2.1. Der Weltaktionsplan
 - 2.1.1 Geplänkel um Farmers' Rights
 - 2.1.2 Der freie Saatguttausch wurde ausgetrickst
 - 2.1.3 Einschätzung des GPA durch die NRO
 - 2.2 Die Leipziger Erklärung
 - 2.2.1 Heftige Auseinandersetzungen um die Leipziger Erklärung
 - 2.2.2 Bewertung der Leipziger Erklärung

TEIL III: Begleitende NRO-Veranstaltungen

1. Thematische Veranstaltungen
2. Pressearbeit
3. Lobbyarbeit
4. Sonstige begleitende NRO-Aktivitäten außerhalb des Konferenzgeschehens
5. Abschließende Betrachtung

Anhang: The Leipzig Commitment to Agricultural Biodiversity
Pressemitteilungen des Forums Umwelt & Entwicklung
Pressespiegel (Auswahl)

TEIL I: In Safe Hands - Communities Safeguard Biodiversity for Food Security

1. Hintergrund zur Konferenz

Vom 17. - 23. Juni 1996 führte die Welternährungsorganisation FAO die 4. Internationale Technische Konferenz über pflanzengenetische Ressourcen im neuen Congress Centrum von Leipzig durch. Vor diesem Hintergrund forderten internationale Nicht-regierungsorganisationen, die seit Jahren oder auch Jahrzehnten zum Thema der Agrobiodiversität arbeiten, eine NRO-Konferenz mit dem Ziel, die Menschen in ihren Bemühungen um den Schutz der biologischen Vielfalt und der pflanzengenetischen Ressourcen zu unterstützen und zu ermutigen. Im einzelnen wurden folgende Ziele festgelegt:

- die Suche nach einer gemeinsamen Basis;
- der Austausch von Erfahrungen, Meinungen und methodischen Ansätzen;
- die Übertragung von lokalen Schwierigkeiten auf die internationale Ebene;
- ein verbesserter Informationsaustausch, verbesserte Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den NRO, auch für die Zukunft;
- die Vorbereitung für die Leipziger FAO-Konferenz und für die Zukunft.

2. Durchführung der NRO-Konferenz

Die Konferenz unter dem *Motto In Safe Hands - Communities Safeguard Biodiversity for Food Security* fand vom 14.-16. Juni 1996 im Neuen Rathaus der Stadt Leipzig statt. Insgesamt 124 NRO-VertreterInnen nahmen daran teil, davon nahezu 50 aus Ländern des Südens. Eine angemessene Vertretung dieser Länder war durch eine entsprechende Unterstützung verschiedener Geldgeber, vor allem der kirchlichen Entwicklungsorganisationen und des niederländischen Außenministeriums möglich geworden. Einzig Osteuropa war fast überhaupt nicht vertreten (nur 2 Vertreterinnen).

Mit einem partizipatorischen Ansatz, der alle TeilnehmerInnen einbezog, wurde das Abschlußdokument *The Leipzig Commitment to Agricultural Biodiversity - Towards a Peoples' Plan of Action* erarbeitet. Um niemanden zu überfahren, war kein Papier vorbereitet worden. In insgesamt 16 Arbeitsgruppen, die thematisch, regional und aktionsbezogen orientiert waren, sind Anregungen zusammengetragen worden. Ein gewähltes Komitee hat dann immer wieder den Versuch gewagt, die wesentlichen Dinge zusammenzufassen und dem Plenum vorzustellen, wo sie erneut diskutiert wurden. So ist der „Aktionsplan von unten“ unter Beteiligung aller Anwesenden langsam gewachsen und als Beitrag aller NRO in die FAO-Konferenz eingebracht worden.

Im Konferenztitel kommt schon das Hauptanliegen zum Ausdruck: Nicht Genbanken, nicht die FAO, nicht bilaterale Nutzungs- und Gewinnbeteiligungsverträge sichern den genetischen Reichtum, sondern nur die Stärkung der Rechte, der Kultur und der Wirtschaft von lokalen Gemeinschaften, von traditionellen Bauern und von indigenen Völkern. Ohne kulturelle Vielfalt gibt es auch keine biologische Vielfalt. Das ist die wesentlichste Botschaft, die die NRO in ihrem *Aktionsplan von unten - Die Leipziger Verpflichtung zur Kulturpflanzenvielfalt* auf der Konferenz erarbeitet haben.

Die in Leipzig beteiligten NRO sehen die Fähigkeit engagierter Menschen als Gegenstück zum technikorientierten Ansatz großer, sich vom einzelnen Menschen entfernten Organisationen mit zentralistischen Strukturen und knüpfen in ihrer Erklärung auch an die Erfahrungen der Leipziger friedlichen Revolution gegen das totalitäre DDR-Regime an.

„Bauern müssen die Führung bei jedem Plan zum Schutz und zur Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Vielfalt übernehmen“, heißt es, „und erst recht Bäuerinnen kommt die zentrale Rolle bei der Erneuerung der Vielfalt und Ernährungssicherheit zu“. „Der bäuerliche Landbesitz und die territoriale Selbstbestimmung durch die indigenen Völker ist das Kernstück der Bewahrung und nachhaltigen Nutzung landwirtschaftlicher Biodiversität.“

Alle KonferenzteilnehmerInnen machten sich stark für die Farmers' Rights und die Rechte indigener Völker als kollektive Rechte an ihrem geistigen Eigentum und ihren natürlichen Grundlagen. Zentrales Ziel dieser kollektiven Rechte ist die Zusicherung der Kontrolle und des Zugangs zur Agrobiodiversität von lokalen Gemeinschaften, damit sie ihre Nutzungssysteme weiterhin nachhaltig entwickeln können.

Die Patentrechte auf Leben sowie die Biopiraterie sehen sie als frontalen Angriff auf die Grundrechte traditioneller Gemeinschaften an ihrer Umwelt. Die industrielle Landwirtschaft, insbesondere die industrielle Pflanzenzüchtung, ist die Hauptverursacherin der genetischen Erosion. Die Bewegung des organischen Landbaus und private Saatguterhaltungsinitiativen weisen den Weg. Geistige Eigentumsrechte, die den freien Saatguttausch unter Bauern und Initiativen einschränken, sind das Haupthemmnis für die Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Vielfalt. Die Agrarforschung muß sich auf die lokalen Bedingungen und die Partnerschaft mit den Bauern umstellen. Genbanken können lediglich komplementär zu Initiativen auf lokalen Ebenen funktionieren. Aller biologischer Reichtum bei Nutzpflanzen ist die intellektuelle Leistung von vielen Generationen von Bauern. Das Wissen der Bauern und Bäuerinnen sowie der indigenen Völker über ihre Pflanzen und ihre Umwelt ist eine der herausragendsten Leistungen der Menschheit überhaupt.

Die Erklärung fährt fort, daß Vielfalt der Schlüssel für Ernährungssicherheit und effiziente Produktion ist. Dabei geht es aber auch um vielfältige Ernährungsquellen, über die landwirtschaftliche Pflanzenproduktion hinaus, wie z.B. die Integration mit Tierhaltung, Fischfang, Waldwirtschaft, Sammelaktivitäten, Heilkräuteraanbau usw.

Die Bio- und Gentechnologie ist kein Ausweg, sondern stellt, während sie die biologische Vielfalt weiter aushöhlt, eine zunehmende Gefährdung für die Nahrungssysteme dar. Ebenso geht die Globalisierung der Weltwirtschaft mit einer Zerstörung kleinbäuerlicher, nachhaltiger Strukturen einher, und damit mit der Zerstörung von Vielfalt. Die NRO-VertreterInnen sprechen in der „Leipziger Verpflichtung“ der WTO die Zuständigkeit und Kompetenz für Landwirtschaft, Ernährung und geistige Eigentumsrechte ab. Das Konzept der Souveränität über biologische Ressourcen muß verstanden werden als die Souveränität der Kontrolle der lokalen Gemeinschaften über ihre biologische Vielfalt. Rechtssubjekt internationaler Verträge soll nicht mehr der Nationalstaat sein, sondern die Gemeinschaft der Bauern/indigenen Völker.

TEIL II: 4. Internationale Technische Konferenz der FAO über pflanzengenetische Ressourcen (ITC-4)

1. Struktur und Ablauf der Konferenz

Zum vierten Mal führte die FAO eine Internationale Technische Konferenz über pflanzengenetische Ressourcen durch. Doch zum ersten Mal hat die FAO der gut vorbereiteten Konferenz einen ungewöhnlich demokratischen Prozeß vorangehen lassen: Alle Nationen waren aufgefordert, einen Zustandsbericht über die pflanzengenetischen Ressourcen in ihrem Land zu erstellen. Insgesamt 151 Länder sind dieser Aufforderung fristgerecht nachgekommen (zwei weitere Länder haben danach einen Report abgegeben) und haben entsprechende, qualitativ allerdings sehr unterschiedliche Berichte abgegeben, die auf verschiedenen regionalen Treffen zusammengefaßt wurden, und dessen Resumee auf der Konferenz selber angenommen wurde. Darüber hinaus war zum ersten Mal in der 50jährigen Geschichte der FAO die Anwesenheit von nationalen NRO erlaubt. Das Akkreditierungsverfahren verlief zudem äußerst unbürokratisch. Allein aus der Bundesrepublik Deutschland wurden 25 VertreterInnen nationaler NRO zugelassen, unberührt hiervon die VertreterInnen internationaler NRO. Am Ende einer jeden Sitzung hatten die NRO Rederecht und konnten Kommentierungen zum bisherigen Verlauf, sowohl zu den Inhalten als auch zum modus operandi, machen. Insgesamt beobachteten rund 115 NRO aus über 30 Ländern die Konferenz (fast alles auch TeilnehmerInnen der NRO-Konferenz).

In der letzten außerordentlichen Sitzung der Kommission über pflanzengenetische Ressourcen (CPGR) Ende April in Rom waren bereits die großen Unterschiede in der Sichtweise und dem Willen zum Handeln deutlich geworden. Fast hätten sie zu einem Abbruch des Prozesses geführt. Eine ad-hoc-Kommission wurde eingerichtet, um in der Woche vor der FAO-Konferenz die größten Differenzen beizulegen. Doch auf der Konferenz selber gab es dann immer noch genug Zündstoff: Fast hätten die USA die Konferenz platzen lassen. Dem unermüdlichen Einsatz der Konferenzleitung und die ständige Einrichtung kleiner Arbeitsgruppen hat dann schließlich doch noch zur Verabschiedung der Abschlußdokumente geführt.

Mit rund 480 Regierungsdelegierten aus 150 Staaten ist die Teilnehmerzahl weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben: Mit 800 bis 1000 offiziellen VertreterInnen hatten die OrganisatorInnen ursprünglich gerechnet.

2. Die Tagesordnung

Das zentrale Dokument der FAO-Konferenz, das nach hartem Ringen zu später Nachtstunde in letzter Minute verabschiedet wurde, war der Weltaktionsplan (Global Plan of Action for the Conservation and Sustainable Utilisation of Plant Genetic Resources for Food and Agriculture, kurz GPA). Er umfaßt 49 Seiten. Darüber hinaus einigten sich die Delegierten noch auf die Leipziger Erklärung, eine Grundsatzerklärung zu dem Themenbereich, die an den Welternährungsgipfel gerichtet ist und auf die Bedeutung der pflanzengenetischen Ressourcen für die Sicherung der Welternährung hinweisen will. Ferner nahmen die Delegierten protokollarisch zur Kenntnis:

- einen Fortschrittsbericht über die Revision des International Undertaking,
- den Weltzustandsbericht und
- eine Erläuterung über Implementierung und Finanzierung des GPA.

Am heftigsten umstritten waren die Positionen um die Punkte Finanzierung/Finanzierungsmechanismen sowie Farmers' Rights, aber auch um den Sortenschutz wurde heftig gekämpft.

2.1 Der Weltaktionsplan

Beinahe hätte sich die USA von allen anderen Verhandlungsparteien vollständig isoliert. Ihre plumpen Versuche, die Konferenz scheitern zu lassen, indem an allem herumgemäkelt wurde -selbst die Rolle der Frauen sollte auf ihren Antrag hin gestrichen werden - hat fast alle Entwicklungsländer gegen sie aufgebracht. Besonders hinsichtlich der völligen Ablehnung der Farmers' Rights haben sich die USA weit aus dem Fenster gelehnt. In geheimer Diplomatie versuchten sie, auch Brasilien und Kolumbien auf ihre Seite zu ziehen, was nur knapp verhindert werden konnte. Kompromißformulierungen mußten immer erst „von unseren Anwälten in Washington“ abgesegnet werden, was zu einer Lähmung des gesamten Verhandlungsprozesses führte, was Pat Mooney, Vertreter der NGOs, im Plenum zu der bissigen Bemerkung veranlasste: „Washington ist offensichtlich das Vielfaltszentrum für Juristen auf der Welt“. Überraschenderweise verfolgten Argentinien und Kanada eine erstaunlich harte proamerikanische Linie und unterstützten die USA.

2.1.1 Das Geplänkel um Farmers' Rights

Keiner, der nach Leipzig gekommen ist, hätte sich vorgestellt, daß die Farmers' Rights überhaupt diskutiert werden. Sie sind Gegenstand der Revision des International Undertaking, nicht des GPA. Der GPA verweist nur an einigen Stellen vage auf die Farmers' Rights. Doch schon diese Erwähnung war den Amerikanern, Kanadiern, Australiern und Argentinern offensichtlich zuviel. Sie hatten sich vorgenommen, die Farmers' Rights völlig zu kippen, indem nicht mehr von Farmers' Rights gesprochen werden darf, sondern nur noch von „Farmers' Needs“. Die traditionellen Bauern sollten also nicht als stolze Züchter und Erhalter des genetischen Reichtums von landwirtschaftlichen Nutzpflanzen dastehen, sondern als hilfsbedürftige Subjekte, die nur durch die Leistungen der modernen Züchtung existieren können. PGR sind dann automatisch wertlose Rohstoffe der Natur für die Gentechnologie, aus deren Nutzung keine Ansprüche abgeleitet werden können und deren einziger Wert darin besteht, daß sie von Genbanken gesammelt, aufbewahrt, evaluiert und dokumentiert worden sind. Mit dieser Haltung konnten sich die USA jedoch nicht durchsetzen. Herausgekommen ist schließlich folgende Formulierung (für § 9 des GPA):

„Anerkennung der Bedürfnisse (needs) und der individuellen Rechte der Bauern und, sofern das kollektive Recht durch nationales Recht anerkannt ist, der nichteingeschränkte kollektive Zugang zu PGR, Informationen, Technologien, finanzielle Ressourcen, Forschung und zu Vermarktungssystemen“.

Diese Fassung ist ein massiver Rückschlag für die NRO, denn das Entscheidende am Farmers' Rights-Konzept ist, daß es sich dabei um ein Recht des Kollektivs handelt, und eben nicht um „individuelle Rechte“. Mit der Nichtanerkennung als Kollektivrecht wird im Grunde geleugnet, daß biologische Vielfalt nur auf der Grundlage der Anerkennung der kulturellen Vielfalt erhalten werden kann, und daß traditionelle Agrargesellschaften als Bewahrer der biologischen Vielfalt sich in einem grundlegend von modernen Gesellschaften unterscheiden, nämlich in ihrem stark gemeinschaftsgeprägten Rechtsverständnis. Zwar wird in einem Vorsatz die Nutzenteilhabe aus der Nutzung von traditionellem Wissen, Innovationen und Praktiken anerkannt, aber nicht als Farmers' Rights, d.h. es handelt sich dabei nur um einen unverbindlichen Appell („recognizing the desirability of sharing equitably benefits“), nicht um einen Teil eines internationalen Rechtskonzepts, aus dem wirkliche Ansprüche abgeleitet werden könnten.

2.1.2 Der freie Saatgutaustausch wurde verhandelt

Eine diplomatische „Glanzleistung“ ist den Amerikanern doch noch gelungen. Für sie hat die polnische Delegation einen angeblichen Kompromiß in die Farmers' Rights Debatte eingebracht, der zumindest den ungehinderten Austausch mit alten Sorten, die nicht zertifiziert sind, anbietet. Dieser Passus ist mit großer Erleichterung insbesondere von den Kräften, die sich für eine entsprechende Änderung des Saatgutverkehrsgesetzes in der EU und in der BRD einsetzen, wie viele deutsche NRO, begrüßt worden. Der Wortlaut in der Endformulierung (des § 203 GPA) läßt dann doch einen erheblichen Gestaltungsspielraum zu:

„Es sollen gesetzliche Maßnahmen in Betracht gezogen werden, die die Verteilung und den Verkauf von Landsorten/Bauernsorten und nicht mehr zugelassenen Sorten erlauben, vorausgesetzt, sie erfüllen die gleichen Vermarktungs- und Handelskriterien bezüglich Krankheit, Gesundheit und Umwelt wie konventionelle oder zertifizierte Sorten. Diese Maßnahmen sollen, in Übereinstimmung mit der nationalen Gesetzgebung oder angewandten internationalen Abkommen, angemessene Qualitätsstandards für die Saatgutvermarktung und den Saatguthandel erfüllen.“

Einige NRO interpretieren diesen Passus als großen Fehlschlag, da er in ihren Augen nicht die Freigabe des Austausches für PGR unter Bauern vereinbart, sondern statt dessen die bislang nur in Europa praktizierte, unerträglich einschneidende Praxis des Saatgutverkehrsgesetzes bestätigt. Meines Erachtens ist dieser Passus durchaus als Aufforderung zur Einführung eines sogenannten „Zweitregisters“ zu verstehen, schließlich werden gesetzliche Maßnahmen gefordert, die die Verteilung und den Verkauf von Landsorten regeln. Und das genau ist der entscheidende Vorteil, da das Inverkehrbringen alter (Land-) Sorten, die die strengen Kriterien des Sortenschutzes nicht erfüllen, bislang untersagt ist. Daß auch an diese Sorten phytosanitäre und gewisse qualitative Anforderungen gestellt werden, ist im Sinne eines Verbraucherschutzes durchaus zu begrüßen, vorausgesetzt, diese Anforderungen werden nicht mißbraucht, um die Hürden (in Form von Kosten oder Anforderungen) unerreichbar hoch zu hängen.

2.1.3 Einschätzung des GPA durch die NRO

Die angesprochenen Kontroversen sollen nur beispielhaft die Konfliktlinien aufzeigen - eine vollständige Darstellung ist an dieser Stelle nicht möglich. Im folgenden soll der Duktus des GPA dargestellt und eine Bewertung von seiten der (anwesenden) NRO vorgenommen werden.

Es muß vorausgeschickt werden, daß bei den NRO-TeilnehmerInnen niemals die Illusion bestanden hat, daß der GPA eine umweltfreundliche und sozial gerechte Sichtweise der Weltagrarentwicklung widerspiegeln würde und eine echte Alternative zum gegenwärtigen Modernisierungsmodell der Landwirtschaft darstellen könnte. Die anwesenden NRO kämpften allenfalls für Freiräume, um die Kontrolle über die biologische Vielfalt möglichst weitgehend in den Händen der lokalen Gemeinschaften zu halten.

Die Befürchtung ist, daß der Trend der Privatisierung und die Aneignung des genetischen Materials durch private Geschäftsinteressen durch den Weltaktionsplan gefördert statt gebremst wird. Im Gegensatz zu der Konvention über die biologische Vielfalt, die deutlich die weltweite Vermarktung und Patentierungsfähigkeit genetischer Ressourcen im Blick hat, zielt das Multilaterale System der FAO gerade darauf hin, den nicht-privaten Besitz an PGR zu fördern, zwischenstaatliche Kontrolle über die Genbank-

bestände einzuführen und die Patentierungsmöglichkeit, Monopolisierung und Handelbarkeit der PGR für Ernährung und Landwirtschaft zu umgehen.

Die Tatsache, daß die Leipziger Konferenz und der umfangreiche Vorbereitungsprozeß überhaupt stattgefunden haben, ist schon eine Stärkung des Multilateralen Systems; auch die Tatsache, daß Leipzig überhaupt mit einem Verhandlungsergebnis abgeschlossen werden konnte, ist positiv zu beurteilen. Jetzt können wenigstens die anderen Verhandlungen in den regulären Kommissionssitzungen weitergehen. Ein Scheitern der Konferenz von Leipzig wäre auch für die Anliegen der NRO katastrophal gewesen, denn dann wäre der gesamte FAO-Prozeß ins Stocken geraten. Die Züchterfirmen und die Genindustrie hätte uneingeschränkt weiter die bestehenden Genbankensammlungen für sich nutzen können und ungestraft Biopiraterie betreiben dürfen, um heute die Frage für sich zu entscheiden, die vielleicht morgen von so weitreichender Bedeutung ist: Wem gehören die genetischen Ersatzteillager der Natur: denen, die die Technologie zu ihrer wissenschaftlichen Nutzung haben, oder den ursprünglichen Züchtern?

Unabhängig von der Solidarität der NRO mit dem Grundanliegen der Leipzig Konferenz sind die NRO-TeilnehmerInnen mit dem GPA mehr oder weniger unzufrieden. Denn er stellt die moderne Landwirtschaft als Hauptverursacher der Generosion an keiner Stelle wirklich in Frage. Damit ist er kein Aktionsplan zur Bekämpfung der Ursachen der Generosion, sondern nur ein Rettungsanker (*end-of-the-pipe* Umweltschutz). Die Maßnahmenbereiche bleiben dadurch relativ uninteressant und oft technisch. Das zugrundeliegende Paradigma des GPA lehnen alle in Leipzig anwesenden NRO ab. Dennoch haben sie sich dazu entschlossen, nicht in fundamentalistischer Ablehnung zu erstarren, sondern pragmatisch ihre Lobbyarbeit fortzusetzen. Verschiedene Einzelaspekte des GPA werden von diesen NRO als positive Ansätze gewürdigt:

- Zum ersten Mal wurde offiziell anerkannt, daß auch die Bestände in den Genbanken nicht sicher sind, sondern daß dieser hochtechnische Weg der Erhaltung voller Ineffizienzen und Unzulänglichkeiten steckt, und daß viel Material täglich in den Genbanken verloren geht.
- Der Trend geht weg von der isolierten Genbankerhaltungsstrategie hin zu neuen Ansätzen der *in situ*-Erhaltung. Die Öffnung der Genbanken gegenüber solchen Projekten ist vom GPA unterstrichen worden.
- Es finden sich begrüßenswerte Aussagen im GPA über die Angepaßtheit lokaler Sorten und die Notwendigkeit der Stärkung informeller Züchtungsarbeit, Saatgutaustausch- und Erhaltungssysteme.
- Es werden erste schüchterne Anspielungen gemacht auf die Notwendigkeit der Diversifizierung der modernen Landwirtschaft und auf die der Verbreiterung ihrer genetischen Basis. Die genetische Anfälligkeit der Bestände wird mit Sorge gesehen und die Aufmerksamkeit vermehrt auf vernachlässigte Kulturarten und örtliche Saatguterzeugungsformen gerichtet.

An inhärenter Politik kritisieren die NRO-TeilnehmerInnen vor allem folgende Punkte:

- Anstatt die nationalen Programme zu stärken, wird die CGIAR (Consultative Group on International Agricultural Research) zur bestimmenden ausführenden Institution von fast allen Aktivitäten. Damit wird der Bock zum Gärtner gemacht.
- Es werden keine Verbindungen zu anderen Politikfeldern hergestellt, wie etwa zu der Debatte in der WTO über geistiges Eigentum und Ausnahmegesetze von der Patentierung oder dem herkömmlichen Sortenschutz. Auch der ganzen internatio-

nen Handelsfrage mit ihren Homogenisierungstendenzen in der Produktion und im Rechtsbereich steht der GPA unkritisch gegenüber. Zu anderen internationalen Verhandlungssträngen werden keine Brücken gebaut, wie etwa zum Weltaktionsplan des Welternährungsgipfels oder den Verhandlungen im Rahmen der CBD.

2.2 Die Leipziger Erklärung

Die Leipziger Erklärung ist eine Botschaft der FAO-Konferenz an den Welternährungsgipfel, der Ende November in Rom stattfinden wird. Sie sollte die Bedeutung der Bewahrung und Entwicklung der Agrobiodiversität für die Ernährungssicherung unterstreichen.

2.2.1 Heftige Auseinandersetzungen um die Leipziger Erklärung

An den Verhandlungen um die Leipziger Erklärung, die bis zuletzt noch umstritten und voller eckiger Klammern war, kann man ebenfalls ablesen, wo die Hauptkonfliktlinien verliefen. Über einige Aussagen der Leipziger Erklärung können die NRO sehr zufrieden sein. Andere Entwicklungen im Konferenzverlauf, allen voran die zahlreichen Verwässerungen des Textes, sind äußerst bedauerlich. Das größte Manko der Leipziger Erklärung ist aber, daß

- die Farmers' Rights in ihr keine Erwähnung finden und
- daß finanzielle Zusagen nicht erfolgten (schon die Erwähnung, daß zusätzliche Finanzmittel nötig wären, wurde gestrichen).

Die Leipziger Erklärung macht unmißverständlich deutlich, daß die Erhaltung und nachhaltige Nutzung von PGR

„für die Ernährungssicherung heutiger und künftiger Generationen“ von „enormer Bedeutung“ ist (§ 1), ja sogar: „unser oberstes Ziel sein muß, die Welternährungssicherheit durch die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der PGR zu stärken“ (§ 9).

Diese Aussage ist nicht selbstverständlich, streiten doch die privaten Züchter immer noch ab, daß den PGR eine wichtige Rolle bei der modernen Züchtung zukommt. Die Begründung bleibt die Erklärung jedoch schuldig. Eine systematische Darstellung des Wertes von PGR sowohl für die traditionelle Landwirtschaft als auch für die moderne Züchtung unterbleibt. Der (geklammerte) Satz in der ursprünglichen Fassung, daß „in vielen Ländern eine große Notwendigkeit besteht, die landwirtschaftliche Produktion zu diversifizieren“, ist weggefallen. Allgemein heißt es jetzt nur:

„Diese Ressourcen bilden die Grundlage für eine natürliche und zielgerichtete Entwicklung der Pflanzenarten, die über das Überleben und Wohlergehen der Menschen entscheidet“; darüber hinaus benötigt man sie für „Anpassung an die Veränderungen der Umwelt, einschließlich Klimaveränderungen“ (§ 3).

§ 5 stellt fest, daß die biologische Vielfalt bei den Nutzpflanzen ernsthaft gefährdet ist. Das gilt selbst für die gesammelten Bestände in den Genbanken. Gleichzeitig gibt es viele Schwachstellen und Lücken bei der Erhaltung, Erfassung, Bewertung und nachhaltigen Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen (§ 6).

In § 7 wird die gerechte Teilhabe am Nutzen aus den PGR angesprochen:

„Zugang zu und die Teilhabe an den pflanzengenetischen Ressourcen wie auch an der Technologie sind essentiell, um dem Problem der Welternährungssicherheit zu begegnen und

den Bedürfnissen einer wachsenden Weltbevölkerung Rechnung zu tragen, und müssen ermöglicht werden.“

Allerdings wird der Technologietransfer an zwei Bedingungen geknüpft:

- An die Anerkennung eines angemessenen und wirkungsvollen Schutzes des geistigen Eigentums an den Technologien,
- an einvernehmliche Vereinbarungen über die Transferbedingungen.

Zur Stärkung der der Welternährungssicherheit

„werden integrierte Ansätze erforderlich sein, die das Beste an traditionellem Wissen und an modernen Technologien miteinander verbinden“ (§9).

Die Bauern als Züchter werden in der Erklärung nur am Rande erwähnt. Lediglich in § 4 heißt es:

„Wir erkennen die Rolle an, die Generationen von Bauern und Bäuerinnen und Pflanzenzüchtern sowie von indigenen und lokalen Gemeinschaften zur Erhaltung und Verbesserung von PGR gespielt haben.“

Weggefallen ist insbesondere die Anerkennung um „die besondere Bedeutung der Rolle der Frauen bei der Entwicklung und dem Management von PGR“.

2.2.2 Bewertung der Leipziger Erklärung

Die ungleichgewichtige Erwähnung der geistigen Eigentumsrechte der Technologiebesitzer gegenüber der Nichterwähnung der Farmers' Rights, also der Nichtanerkennung der PGR als Ergebnis der züchterischen Leistung von Generationen von Bäuerinnen und Bauern, von indigenen und lokalen Gemeinschaften und deren Recht auf geistigen Eigentumsschutz, ist die eigentliche Schwachstelle der Erklärung und der Leipziger Konferenz.

Hinzu kommt, daß zwar ein freier Zugang zu den PGR ermöglicht werden soll, aber das Versprechen auf die Teilhabe an den Nutzungsgewinnen sehr vage gehalten wird; ganz anders die Regelung für die Technologien, deren Patentschutz unangetastet bleibt.

Alle früheren Hinweise auf die „Notwendigkeit, finanzielle Mittel zu mobilisieren“ (ehem. § 10), oder sogar „neue und zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen“ (alternative Formulierung), sind weggefallen. Der gesamte Weltaktionsplan soll sich jetzt nur dadurch rechnen, daß eine neue Effizienz erreicht wird mit Hilfe von verbesserter Zusammenarbeit (§ 7 und § 10), einer besser zugänglichen Dokumentation, integrierten Ansätzen (§ 9 und § 10), einem kohärenten Rahmen und neuen Synergismen (§ 10).

Die Befürchtungen, die RAFL schon im April bei der vorbereitenden Sitzung zu Leipzig in Rom in einem kritischen Kommentar ausgedrückt hat, sind also nicht ausgeräumt: Der globale freie Zugang zu PGR ist der einseitige Abfluß ohne Gegenleistung (free access means exit).

TEIL III: Begleitende NRO-Veranstaltungen

1. Thematische Veranstaltungen

Jeden Tag fanden verschiedene Veranstaltungen bzw. Pressehintergrundgespräche in Räumen des CCL statt, die gut besucht waren, nicht nur von der Presse, sondern auch von Delegierten der FAO. Diese Veranstaltungen beschäftigten sich mit zentralen Anliegen der NRO zu bestimmten Themen bzw. dem Konferenzgeschehen, wie z.B.

- zum Saatgutverkehrsgesetz,
- zu Farmers' Rights,
- zum Fall der Biopiraterie durch botanische Gärten,
- zur Rolle der Frauen,
- zu den Ursachen der Generosion,
- zu den Finanzierungsmechanismen,
- zu sui-generis Systemen des geistigen Eigentumsschutzes und
- zum Leipziger Folgeprozeß (Verhältnis zum Welternährungsgipfel, CBD, WTO).

Auf dem Podium waren nicht nur NRO sondern auch internationale Organisationen und Regierungen vertreten. Die Veranstaltungen hatten ein hervorragendes Niveau, wurden weit beachtet und waren zum Teil auch meinungsbildend. Auch die Mischung zwischen theoretischer Analyse, Fallstudien von Züchtungs- und Erhaltungsinitiativen auf lokaler Ebene und realpolitischem Pragmatismus war gelungen. Zu jeder Veranstaltung gab es im Anschluß eine Pressemitteilung (in englisch) für die in Leipzig anwesende internationale Presse und für interessierte Delegierte. Eine deutsche Übersetzung wurde an einen breiten Empfängerkreis von Journalisten und Redaktionen verteilt.

2. Pressearbeit der NRO

Während der FAO-Konferenz machten die NRO intensive Pressearbeit. Täglich wurde mindestens eine Pressemitteilung herausgegeben, außerdem wurden drei Pressekonferenzen gehalten, auf denen NRO Einschätzungen zum Verhandlungsgeschehen vortrugen:

- zur Eröffnung der Konferenz
- zur Debatte um Farmers' Rights und
- zur Schlußbewertung der Konferenzergebnisse.

Welchen Einfluß die NRO-Pressearbeit auf die Berichterstattung hatte, kann auch daran gemessen werden, daß in den offiziellen Pressekonferenzen der FAO oder der verschiedenen Regierungen zumeist die Themen von den Journalisten aufgegriffen wurden, die vorher die NRO ins Gespräch gebracht hatten.

Für die deutsche Presseberichterstattung ist zu sagen, daß sie recht ausführlich und NRO-freundlich war. Das ist auch darauf zurückzuführen, daß das Forum Umwelt & Entwicklung im Vorfeld eine intensive Pressearbeit zur Leipziger Konferenz betrieben und mit mehreren Pressehintergrundinformationen die Medien auf die heißen Konferenzthemen hingewiesen hatte. In zwei Pressekonferenzen, die im Vorfeld stattgefunden hatten, wurden persönliche Verbindungen zu einzelnen Journalisten aufgebaut und gepflegt.

3. Lobbyarbeit

Eine Reihe von NRO-VertreterInnen haben den Weg in offizielle Regierungsdelegationen gefunden, während andere sich rund um die Uhr als BeobachterIn auf den Verhandlungsverlauf konzentrierten. Durch Gespräche mit Delegierten in der Halle, im Vorraum oder während des reichlich bestückten Begleitprogramms sowie durch Wortmeldungen im Plenum ist es gelungen, die NRO-Positionen in das Konferenzgeschehen einzubringen und vielleicht sogar Schlimmeres zu verhindern. Dabei war es wichtig, den Kontakt zu Gleichgesinnten in den Regierungsdelegationen nicht zu verlieren, denn über sie kamen wichtige Hinweise und Informationen über Verhandlungsgegenstände, Kontroversen Themen und sich anbahnende Koalitionen, die hinter verschlossenen Türen verhandelt wurden.

So war z.B. eine taktisch wichtige Information, daß Kolumbien die USA in der Umformulierung der Farmers' Rights zu Farmers' Needs unterstützen wolle. Gabriel Muyuy, Vertreter der indigenen Völker Kolumbiens und Mitglied im kolumbianischen Senat, hat daraufhin seine Regierungsdelegation vor einem solchen Schritt gewarnt und gemeinsam mit anderen lateinamerikanischen NRO die kolumbianische Delegation massiv unter Druck gesetzt, so daß sie schließlich ihr Vorhaben aufgab.

Noch nie hat es bei internationalen Konferenzen der FAO eine so sichtbare und gut organisierte Gegenöffentlichkeit gegeben. Ohne Zweifel hat die konsequente Lobby- und Pressearbeit der NRO den Konferenzverlauf beeinflusst. Selbst der Vorsitzende der Konferenz, Staatssekretär Dr. Feiter vom Bundeslandwirtschaftsministerium, hat die qualifizierten Beiträge der NRO auf der abschließenden Pressekonferenz mehrmals gewürdigt.

4. Sonstige begleitende NRO Aktivitäten außerhalb des Konferenzgeschehens

Parallel zur FAO-Konferenz liefen eine Reihe begleitender Aktivitäten und Veranstaltungen:

4.1 Ausstellung

Von größerer Bedeutung waren hier vor allem die Ausstellungen der nationalen und internationalen NRO. In der Bundesrepublik haben sich die alternativen Züchter zusammengesetzt und ihre Ausstellungen koordiniert, so daß diese gut repräsentiert waren. Auch einige NRO aus dem Ausland (wie Navdanya/Indien und Intermediate Technology/Großbritannien) hatten eigene Ausstellungen mitgebracht und damit die Möglichkeit, alternative Ansätze vorzustellen und mit den Delegierten zu diskutieren. Die Ausstellung war Anfang Juni in der Universität der Stadt Leipzig zu sehen, anschließend im Ausstellungsraum des CCL.

4.2 Interkultureller Gottesdienst

Ein Auftaktgottesdienst in der Nikolaikirche sollte an die Leipziger Montagsdemonstrationen anknüpfen und durch eine ökumenische Feier deutlich machen, daß Saatgut mehr ist als nur eine pflanzengenetische Ressource, nämlich daß es eng mit religiösen Vorstellungen, kulturellen Riten und theologischen Verständnissen verbunden ist. Dieser Gottesdienst bildete auch eine Brücke zur Leipziger Bevölkerung, die kaum etwas von dem Konferenzgeschehen in dem abseits gelegenen Congress-Centrum mitbekommen hat. Besonders gelebt hat der Gottesdienst durch eine Saatgutverteilungsaktion. In Deutschland nicht-zugelassenes Getreidesaatgut eines Ökobauern wurde illegalerweise unter den Gottesdienstbesuchern ausgetauscht. Anstelle der Kollekte haben die „Gesetzesbrecher“ eine Selbstanzeige in den Klingelbeutel geworfen. Damit sollte gegen die Unhaltbarkeit der Gesetzeslage protestiert werden, die den freien Austausch von seltenen Sorten unterbindet.

4.3 Demonstration auf den DLG-Feldtagen

Furore machte dann noch eine Demonstration vor den Toren der Feldtage der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG), die ihre Agrobusinessshow absichtlich in die Nähe von Leipzig gelegt hatte, um den Regierungsdelegationen einen Eindruck von den Errungenschaften der modernen Landwirtschaft zu vermitteln. Die geladenen Gäste der Konferenz wurden jedoch erst einmal von nach peruanischer Andenmusik tanzenden DemonstrantInnen begrüßt. In einer Erklärung verglichen die NRO-TeilnehmerInnen den Besuch der FAO-Konferenz bei den DLG-Feldtagen mit dem Besuch eines Nicht-raucherkongresses bei der Tabakindustrie. Mit Postern demonstrierten NRO gegen die Patentierung von Leben. Als asiatische Reisbauern verkleidet (mit entsprechenden Papierhüten auf den Köpfen) warben sie für die Umsetzung der Farmers' Rights.

5. Abschließende Betrachtung

Kleine Erfolge stehen einigen Rückschlägen gegenüber. Freundschaften unter den NRO, mehr Verständnis und Gemeinsamkeit und schöne persönliche Erlebnisse machen die Enttäuschungen, organisatorischen Unzulänglichkeiten und finanziellen Sorgen der NRO wett. Die politischen Gräben zwischen Fundis und Realos, zwischen Lobbyisten des Nordens und Revolutionären des Südens sowie zwischen indigenen Fundamentalisten und Farmers' Rights-Aktivisten sind nicht erneut aufgebrochen (wie etwa bei der Vorbereitungssitzung im April diesen Jahres in Rom). Die NRO sind gereift und politikfähig geworden. Leipzig war eine gute Mischung von Aktivismus, Eigenkoordination, professioneller Lobbyarbeit und *advocacy*. Wenn daraus auch Lernprozesse für die NRO-Arbeit beim Welternährungsgipfel in Rom im kommenden November hervorgehen, dann war Leipzig ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Anhang

The Leipzig Commitment to Agricultural Biodiversity

THE LEIPZIG COMMITMENT TO AGRICULTURAL BIODIVERSITY

“Towards a Peoples’ Plan of Action”

16 JUNE 1996

Tearing Down the Wall: We have gathered in this historic city of Leipzig, which has been at the heart of trade, learning and culture over centuries. Over the last few decades Leipzig had lost its vibrancy and vitality because of a totalitarian regime against which the people started a silent revolution to reclaim freedom. The tearing down of the Berlin Wall is a symbol of peoples’ power against totalitarianism.

However, in the guise of freedom, new totalitarianisms have appeared worldwide, where freedom of the marketplace has replaced freedom from hunger. Corporate monopolies have replaced the freedom of small farmers, where monoculture has replaced cultural and agricultural diversity. New walls are being built in the form of intellectual property rights over genetic resources, including patents on life, usurping the rights of farmers to biodiversity. We commit ourselves to tearing down these new Berlin walls.

Toward a New Paradigm for Agriculture and Food Security: As individuals, communities, peoples, and organisations, we are building a new paradigm centered on diversity. This new approach is based on the principles of decentralisation, participation, sustaining the social, ecological and economic conditions of life, while at the same time enhancing the responsibility of us all for the consequences and interrelatedness of our activities.

Farmers’ Rights: Farmers must lead in any plan to protect and develop cultural and agricultural diversity. Women farmers have the central role in rejuvenating diversity and strengthening food security. Indigenous peoples that have nurtured and developed that diversity have strongly asserted their rights over these materials as a basis for sustaining their livelihoods. Ownership of land and territories by indigenous peoples and farmers is vital to the conservation and sustainable use of agricultural biodiversity.

It is important to clearly recognize that Farmers’ Rights and the Rights of Indigenous Peoples are of a different nature, and should be complementary and mutually supportive. The UN draft Declaration on the Rights of Indigenous Peoples and ILO Convention 169 are important tools to be endorsed and implemented. The central objective of Farmers’ Rights is to ensure control of and access to agricultural biodiversity by local communities, so that they can continue to further sustainably develop their farming systems.

Ownership and innovation at the community level is often of a collective nature. Therefore Farmers’ Rights and Indigenous Peoples’ Rights should be recognized as collective rights and be used to protect their intellectual integrity and resources. Collective knowledge is intimately linked to cultural diversity, particular ecosystems, and biodiversity, and cannot be dissociated from either of these three aspects. Any definition and implementation of Farmers’ Rights should take this fully into account. It is clear that Farmers’ Rights are not compatible with intellectual property systems based on private monopoly control.

Intellectual property rights undermine the free sharing of knowledge and resources among local communities and the world community. Transnational corporations are creating conflicts among indigenous peoples and local communities through bioprospecting arrangements which privatize collectively

held resources. The biopiracy of community knowledge and resources, including human genetic diversity, must be stopped. There must be no patents on the products, processes, or formulas of life.

Industrial plant breeding systems are the primary cause of genetic erosion and crop vulnerability around the world. The organic agriculture movement and seed savers' exchanges are important initiatives at conserving and restoring agricultural diversity. However, these initiatives are severely undermined by IPR systems. In the North and South, legislation should ensure that farmers and grassroots organisations retain their right to freely develop and exchange diverse plant varieties.

- We commit ourselves to the implementation of Farmers' Rights in South and North as the fundamental prerequisite to the conservation of agricultural biodiversity.
- We commit ourselves to the ratification of ILO 169 on the Rights of Indigenous Peoples
- We commit ourselves to the rights of women farmers who have been the true custodians and creators of agricultural biodiversity.
- We commit ourselves to the creation of alternatives to intellectual property systems that safeguard the rights of farming and indigenous communities

Community Conservation: All agricultural biodiversity from time immemorial has been cultivated, developed, maintained and improved by farmers familiar with local soils, water cycles, climate, and other fundamental aspects of each particular ecosystem. The knowledge of farmers and indigenous peoples is human knowledge at its best, and forms an important aspect of the intellectual and biological wealth of the South. It must be recognized in social, ecological, and economic terms and become part of conservation theory. Because local conditions are fundamental to the process of selection and breeding, agricultural research must be conducted on a farm-by-farm and ecosystem-by-ecosystem basis.

Agricultural biodiversity policies should reflect communities' knowledge, however the international agricultural research system has so far focused exclusively on ex-situ collections. Conventional ex situ measures are always threatened by policy, financial, and political instability. Gene banks should merely complement community conservation and grassroots initiatives, including household seed storage, for the dynamic conservation and development of agricultural diversity.

- We commit ourselves to building community and grassroots initiatives for the strengthening of agricultural diversity.
- We commit ourselves to continuing the transformation of the current conservation ex situ dominated system toward one based upon community conservation.
- We commit ourselves to ensuring the long term security of critical gene banks and their accessions under the legal framework of the Convention on Biological Diversity to be implemented by the UN Food and Agricultural Organisation.
- We commit ourselves to ensuring farmers' access to national and international ex situ collections, including their right to repatriate farmers' varieties.
- We commit ourselves to preparing and publishing an independent status report on ex situ collections held by national and international public sector institutions that evaluates costs, effectiveness in terms of conservation, and benefits derived through enhancement, and adherence to Farmers' Rights.

Diversity and Food Security: Diversity is the key to food security, contributing to the efficient production of food, fodder, and shelter. In addition to cultivated crops, people routinely utilize a wide variety of biodiversity from forests and commons which are an integral part of food security, especially important in times of crisis.

Many farmers in the world derive their food security from these diversity-based systems. In addition, as a consequence of technological instabilities and economic costs of relying on the uniform and external input-based Green Revolution, many farmers are shifting to production systems based on diversity, which provide internal inputs and facilitate the ecological control of pests and disease. Sustainable systems integrate fish, trees, wild foods, livestock and other living resources.

Biotechnology is being promoted as the new Double Green Revolution. Besides further eroding biodiversity, genetic engineering carries the risks of biological pollution and increased vulnerability of food systems.

Food and food policy is becoming concentrated under the control of transnational corporations and their local partners through the structural adjustment policies of the International Monetary Fund and the World Bank and the agricultural trade liberalisation rules of the World Trade Organisation. These trends pose a serious threat to cultural and biological diversity and food security both in the South and the North. The rapid conversion of land from agriculture to industry, estates, and tourism threatens the very existence of farming communities and indigenous peoples. The industrial model of agriculture invades our communities, steals our resources, poisons our peoples, pollutes our waters, and ruins our lands. Globalisation is destroying sustainable small farmer-based production systems. The shift from self-sufficiency to import dependence also destroys food security and safety for consumers worldwide as the right to nutrition of people is sacrificed for corporate profits.

Ecologically destructive food production and processing systems are rendered cheap on world markets through hidden subsidies. The feedback loop between the consumer and producer is eliminated and neither ecological nor financial returns flow back to the farm. Moreover, transportation poses an indirect threat to agriculture by contributing to the destabilisation of climatic conditions.

These unaccountable systems have created the new totalitarianism. For ecological and food security, national sovereignty must be strengthened on the basis of peoples' sovereignty. Civil society is entitled to a clear and specified role in international governance, in the context of globalisations to safeguard farmers', indigenous peoples', and consumers' interests.

International governance must evolve within the United Nations system. This includes placing the WTO, IMF, World Bank, and the CGIAR under the control of a reformed and democratized U.N., and removing agriculture, food security, and policies affecting life forms from the WTO. The recognition of sovereign rights in the Convention on Biological Diversity must also be interpreted as the sovereign rights of local peoples, who may choose to delegate authority to the states. The International Court of Justice may be a useful forum for adjudicating international jurisdictional controversies.

All human beings have the fundamental right to sufficient, safe and healthy food. Diversity is fundamental to food security as well as the generation, evolution and preservation of cultures and their economic, political and judicial systems. Therefore, our Peoples' Plan of Action is being built on and strengthened by the recognition of diversity as the organising principle of peoples' action for food security.

- We commit ourselves to the establishment of an international legal commitment to the Human Right to sufficient, safe, healthy food.
- We commit ourselves to the promotion of the consumption of locally produced foods and the generation of consumer of the importance of agricultural biodiversity.

- We commit ourselves to continued opposition to transnational agribusiness monopolies on the production, processing and distribution of food.
- We commit ourselves to the retraining of the formal sector to enable them to recognize the value of farmers and indigenous peoples knowledge and practise in conserving and strengthening agricultural biodiversity.
- We commit ourselves to the restructuring of the CGIAR under the United Nations System and the redirection of support for agricultural research toward community and national research systems.
- We commit ourselves to ensuring that the WTO Review Process in 1999-2000 to the removal of agriculture from the Uruguay Round agreement and to the elimination of TRIPS.
- We commit ourselves to shifting agriculture from its current high input nonsustainable monoculture systems to sustainable internal input diversity based systems.
- We commit ourselves to halting public sector subsidies to the private sector including the use of aid money and market monopolisation mechanisms.
- We are committed to a moratorium on the release and transfer of genetically engineered organisms until a broadly debated and popularly accepted legally binding international biosafety protocol, addressing social and economic as well as environmental impacts, is in place. Communities have the right to veto at all levels.
- We are committed to consumer sovereignty and the right to information through labeling of genetically-engineered foods, so that consumers have the choice to boycott such products.
- We commit ourselves to ensuring public support for community-based, grassroots, and national programs promoting food security.
- We commit ourselves to pressuring governments, the IMF, the World Bank, the WTO, and all other relevant institutions to establish mechanisms and structures that support food self-sufficiency.
- We commit ourselves to strengthening systems of decentralised food reserves at the household and community levels, creating a system of publicly-controlled food reserves at the national, regional and international levels.
- We commit ourselves to creating a monitoring mechanism on the activities of transnational corporations, and conducting a global social and ecological audit of their activities, including the impacts of intellectual property rights.
- We commit ourselves to promoting direct links between consumers and farmers for the consumption of locally-produced foods.
- We commit ourselves to building upon existing networks of non-governmental organisations and peoples' organisations to pool and circulate information about these issues and to build ever broader popular support for our campaigns.

Anhang

**Pressemitteilungen
des Forums Umwelt & Entwicklung**

Pressemitteilung

Leipzig, 23. Juni 1996

FAO-Konferenz in Leipzig: Erfolg oder Desaster?

Der „Pflanzengipfel“ ist vorbei. Am Sonntagmorgen um 3.30 Uhr endete der Verhandlungsmarathon über den Globalen Aktionsplan. Zu Beginn des Mitternachtsplenums herrschte weder über die Umsetzung der *Farmers' Rights* noch über die Finanzierung des Aktionsplans Einigung. Der dann vorgestellte Minimalkonsens war am Nachmittags im kleineren Kreis ausgehandelt worden. Kein Land wagte es zu dieser späten Stunde, Einwände vorzubringen und damit die Verabschiedung des gesamten Aktionsplans zu gefährden.

Franz Josef Feiter, der deutsche Vorsitzende, bezeichnete das Ergebnis der Konferenz als „Meilenstein auf dem Weg zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der pflanzengenetischen Ressourcen“. Frustriert hingegen zeigten sich viele VertreterInnen der Nicht-Regierungsorganisationen. „Wir haben die Umsetzung kollektiver Rechte für Bauern und Bäuerinnen erhofft, eine Anerkennung ihrer Rolle als ErhalterInnen der biologischen Vielfalt“, sagt Vanda Shiva vom Third World Network in Indien. Kollektive Rechte der Bauern und Bäuerinnen wird es jedoch vorerst nicht geben. Stattdessen hat sich die Formulierung vom „individuellen Recht der Bauern“ auf nicht-diskriminierenden Zugang zu Keimplasma, Information, Technologie, finanziellen Ressourcen usw. durchgesetzt. Kollektive Rechte gibt es nun dort, wo sie bereits auf nationaler Ebene durchgesetzt sind. Aber wo mag das sein?

Ein weiterer Streitpunkt der Konferenz war die Vermarktung von Landsorten und selbst erzeugtem Saatgut. Alternative Züchter fordern freien Marktzugang, während die Saatgutindustrie ihr Vermarktungsmonopol bewahren will. Der Kompromiß griff einen Vorschlag der USA auf, der allerdings von einer polnischen Delegierten vorgestellt worden war. Demnach müssen Landsorten denselben gesetzlichen Kriterien für Krankheiten, Schädlinge, Gesundheit und Umwelt genügen wie kommerziell erzeugtes Saatgut. Bei einer solchen Regelung müßte etwa der Ökobauer Joseph Albrecht aus Bayern für sein selbst-kreiertes Saatgut die gleiche Zulassungsprozedur durchlaufen wie das Saatgut von Hoechst oder KWS. Feiter erklärte aber auch, daß die deutsche Saatgutgesetzgebung dahingehend überprüft werden müsse, wie der Handel mit Landsorten rechtlich geregelt werden kann. Sollte dies eintreten, könnte beispielsweise Ökosaatgut, das bisher nicht den strengen Zulassungskriterien entspricht, legal verbreitet werden.

Vandana Shiva vergleicht die Entwicklung im Saatgutbereich mit der Entwicklung in der Tierhaltung. „Verrückte Kühe sind die Folge der Massentierhaltung. Die Monokultur im Agrarbereich geht in dieselbe Richtung.“ Dennoch gibt sie die Hoffnung nicht auf. „In dieser Streitfrage geht es um Leben und Tod. Die Menschen werden einen Weg finden, nein zu dieser Entwicklung zu sagen und weiterhin ihr eigenes Saatgut zu erzeugen und zu verteilen.“

Informationen:

Rudi Buntzel / Kerstin Lanje, Telefon: Messegelände Leipzig 0341-6787426, Fax: 0341-6787369

Pressemitteilung

Leipzig, 21. Juni 1996

Ein Aktionsplan ohne Frauen?

„In den Leipziger FAO-Verhandlungen über den Globalen Aktionsplan kommen Frauen nur am Rande vor. Die Konferenz fällt damit hinter die Ergebnisse anderer internationaler Abkommen wie der Konvention über die biologische Vielfalt, der Agenda 21 oder der auf dem Frauengipfel in Peking verabschiedeten Aktionsplattform zurück. Stattdessen sollte die Botschaft an den Welternährungsgipfel lauten: Genetische Vielfalt und Welternährung sind nicht denkbar ohne Frauen!“ erklärt Ursula Gröhn-Wittern von der BUKO Agrar Koordination.

Die Rolle der Frauen als Ernährungsproduzentinnen besonders in den Ländern des Südens wird inzwischen international anerkannt. Weniger gewürdigt wird bisher ihre große Leistung in der Bewahrung der genetischen Vielfalt. Es sind jedoch vor allem Frauen, die traditionelles Saatgut weltweit erhalten, nutzen, selektieren, züchten und tauschen.

Die Ausweitung einer „modernen“ Landwirtschaft ist die Hauptursache für das Aussterben Tausender Landsorten. Früher wurde Saatgut zwischen den Dörfern und Familien frei getauscht, wobei Frauen eine bedeutende Rolle spielten. Heute müssen Zuchtsorten, speziell Hybridsaatgut, gekauft werden. Dieser Handel liegt in den Händen der Männer. Die Frauen verlieren damit einen wichtigen Einflußbereich und Entscheidungsmöglichkeiten, die für die Ernährungssicherheit der Familie entscheidend sein können. Untersuchungen bestätigen, daß Männer sich häufiger für den Anbau einiger vermarktungsfähiger *cash crops* in Monokultur entscheiden. Frauen dagegen bauen eine Vielzahl von Pflanzen an, die direkt für die Ernährung der Familien gebraucht werden. In diesem Sinne leisten Frauen einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt am Ort ihrer Nutzung. Dieser sogenannten *in situ* Erhaltung wird in der Konvention über die biologische Vielfalt eindeutig Vorrang vor der *ex situ* Erhaltung in Genbanken eingeräumt.

Fünf Monate vor dem Welternährungsgipfel geht es bei der Leipziger FAO-Konferenz um die pflanzengenetischen Ressourcen. Entsprechend ihrer Rolle bei der Erhaltung dieser Ressourcen sollten hier die Interessenden der Frauen auf der Tagesordnung weit oben stehen. Vor allem in südlichen Ländern muß die Position der Frauen im Ernährungsbereich soweit gestärkt werden, daß ihre freie Auswahl von Saatgut und Anbaumethoden nicht eingeschränkt wird.

Informationen:

Rudi Buntzel / Kerstin Lanje, Telefon: Messegelände Leipzig 0341-6787426, Fax: 0341-6787369

Pressemitteilung

Leipzig, 20. Juni 1996

Genraub und Farmers' Rights Nicht-Regierungsorganisationen enthüllen neuen Fall von Genraub

Auf einer Veranstaltung parallel zur FAO-Konferenz in Leipzig enthüllten Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) heute einen neuen Fall von Genraub. Das Biotechnologie- und Pharmaunternehmen PHYTERA fordert botanische Gärten in ganz Europa auf, genetisches Material von tropischen Pflanzen zur Verfügung zu stellen. In ihren Verträgen bietet die Firma an, einen geringen Geldbetrag direkt bei der Übergabe des Materials zu zahlen. Der botanische Garten erhält außerdem 0,25% des Gewinns, falls es PHYTERA gelingt, das Material zu vermarkten. Weitere Rechtsansprüche schließt der Vertrag in einem speziellen Eigentumsvorbehalt aus. PHYTERA will die genetischen Ressourcen aller botanischen Gärten Europas für sich erschließen. Eine Stadt, die mit dem Unternehmen ins Geschäft kommt, billigt damit nicht nur den historischen Genraub der Kolonialzeit, sondern sie macht sich selbst zum Partner in einem neuen, zweischichtigen Genraub in der Gegenwart: Das in der Kolonialzeit geraubte Material wechselt erneut den Besitzer. Implizit erklären botanische Gärten durch ihre Verträge mit dem Unternehmen ihr Einverständnis mit der Patentierung von Lebensformen.

Dr. Vandana Shiva vom Third World Network fordert die internationale Gemeinschaft dringend auf, „sich gegen diesen Druck von partikulären Interessensgruppen zu wehren, die einen individuellen Rechtsschutz für ihr geraubtes Genmaterial fordern und damit die Diskussion und Verhandlungen über das Eigentum an pflanzengenetischen Ressourcen dominieren.“

Gestern verhandelten die Delegierten der FAO-Konferenz über den Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen und die Aufteilung des Nutzens, der aus diesen Ressourcen hervorgeht, speziell im Hinblick auf die Recht der Bauern. Am Morgen hatten sich die Delegierten aller Länder - mit Ausnahme der Vereinigten Staaten - darauf geeinigt, die *Farmers' Rights* in die Verhandlungen miteinzubeziehen. Die USA begründeten ihre Haltung unter anderem damit,

daß die *Farmers' Rights* ein neues Konzept seien. Tatsächlich sind sie seit mindestens elf Jahren in der Diskussion. Pat Mooney von der Rural Advancement Foundation International stellt fest, daß die USA der gesamten Diskussion über pflanzengenetische Ressourcen hinterherhinken. Acht Jahre brauchen sie, um der Kommission zu Pflanzengenetischen Ressourcen (CPGR) beizutreten. Mooney weiter: „Die internationale Gemeinschaft kann es sich nicht leisten, bei Themen wie *Farmers' Rights* und Genraub auf die Vereinigten Staaten zu warten, denn die Erde verliert jährlich 2% ihrer genetischen Ressourcen.“

Die Debatte über Zugangsrechte und Aufteilung des Nutzens wird fortgesetzt. Die Delegierten werden heute die Vorschläge der Arbeitsgruppen beurteilen. Ergebnisse werden nicht vor heute nacht erwartet.

Informationen:

Rudi Buntzel / Kerstin Lanje

Telefon: Messengelände Leipzig 0341-6787426, Fax: 0341-6787369

V.i.S.d.P.: Annette Bus, Forum Umwelt & Entwicklung, 0228-359704

Forum Umwelt & Entwicklung

**NRO-Koordination
FAO-Konferenz Leipzig '96**

Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel: 0228-359704
Fax: 0228-359096

Pressemitteilung

Leipzig, 19. Juni 1996

Die FAO bei der DLG

Nicht-Regierungsorganisationen protestieren gegen die PR-Veranstaltung des Agrobusiness

Am Donnerstag besuchen die Regierungsdelegationen der FAO-Konferenz in Leipzig die DLG Feldtage in Glesien/Sachsen. Diese Feldtage, gestaltet vom deutsche Agrobusiness, demonstrieren den ungebrochenen Glauben an die hochtechnisierte Landwirtschaft. Die BesucherInnen dürfen das gesamte „Waffenarsenal“ des deutschen Agrobusiness bewundern: Maschinen, Spritzversuche, energieintensive Düngungstechnologien, deutsche Hohertrags-sorten, biotechnologische Züchtungsmethoden. Die DLG will mit dieser PR-Veranstaltung weismachen, daß die deutsche Landwirtschaft nicht nur zur Hungerbekämpfung beiträgt, sondern auch Vorbildcharakter für die Agrarentwicklung weltweit hat.

„Die Regierungsdelegationen sind zur FAO-Konferenz nach Leipzig gekommen, um den Erhalt der biologischen Vielfalt zu verhandeln, nicht um sich deren schnellstmögliche Ausrottung vorführen zu lassen. Die FAO bei der DLG - das ist wie der Nichtraucherkongreß zu Besuch bei der Zigarettenindustrie!“ so Rudi Buntzel, ein Sprecher der NRO und Vertreter des Forums Umwelt & Entwicklung.

Mit diesem Besuch handelt die FAO wider besseres Wissen: denn schon im Vorbereitungs-prozeß zu Leipzig hatten zahlreiche Länder in ihren Berichten an die FAO darauf hingewiesen, daß die moderne Landwirtschaft mit ihrer Tendenz zur Monokultur und zum standartisierten Einheitssaatgut die Hauptursache des bedrohlichen Genverlustes weltweit ist.

Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) aus dem Süden und dem Norden fürchten, daß mit der Propagierung von biotechnisch gestützten Verfahren zur Sicherung der Biodiversität und Welt-ernährung die Fehler der Vergangenheit wiederholt werden - mit all ihren negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen. NRO fordern die Abwendung von der kapital- und energie-intensiven hin zur kleinstrukturierten, sozial- und umweltfreundlichen Landwirtschaft, die an örtliche Standortverhältnisse angepaßt ist und auf das Wissen der Bauern und Bäuerinnen aufbaut. Sowohl die Hungerbekämpfung als auch der Schutz der Vielfalt ist nach Meinung der NRO nur durch die weltweite Stärkung der Kleinbauern, unter Anerkennung ihrer Leistung, zu erreichen. Darüber hinaus ist der Hunger in der Welt das Ergebnis ungerechter Verteilungsstrukturen und kann nur durch politische Ansätze der ökonomischen Umverteilung gelöst werden.

Die NRO protestieren gegen den Besuch der Regierungsdelegationen bei der DLG, denn durch diesen Besuch wird einem Landwirtschaftsmodell Anerkennung gezollt, das gravierende Probleme hervorgebracht hat. Ziel der FAO-Konferenz soll es sein, diese Probleme zu lösen. Das kann nicht geschehen, indem man auf dem falschen Weg weitermarschiert.

Informationen:

Rudi Buntzel / Kerstin Lanje

Telefon: Messegelände Leipzig 0341-6787426, Fax: 0341-6787369

Presseerklärung

Leipzig, 18. Juni 1996

Die Rechte der Bauern und Bäuerinnen sind in Gefahr

Nicht-Regierungsorganisationen fordern Anerkennung der Farmers' Rights

Das Recht der Bauern und Bäuerinnen Saatgut aus der eigenen Ernte zurückzubehalten, weiterzuerzugen, zu züchten und zu vermarkten ist ein Eckpfeiler nachhaltiger Landwirtschaft und der Erhaltung der biologischen Vielfalt. Die Anerkennung und Stärkung dieses Rechts forderten VertreterInnen internationaler Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) heute im Rahmen einer Parallelveranstaltung zur FAO-Konferenz in Leipzig. „Die Rechte der Bauern und Bäuerinnen - die *Farmers' Rights* -“, so Dr. R.B. Singh aus Indien „sind die Rechte der Massen. Sie sind kein abstraktes Konzept, sondern Wirklichkeit“.

Daß das derzeitige Rechtssystem allerdings blind gegenüber dieser Wirklichkeit ist, gegenüber den *Farmers' Rights* und dem Beitrag der Bauern und Bäuerinnen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt, beklagt Dr. Vandana Shiva vom Third World Network. „Die Rechte der Bauern und Bäuerinnen müssen nicht mehr von irgendeinem Staat oder der internationalen Staatengemeinschaft gewährt werden, aber sie müssen hier in Leipzig anerkannt werden.“

Aber der Anerkennung der *Farmers' Rights* ist die FAO auch in Leipzig noch nicht wesentlich näher gekommen. Ganz im Gegenteil, die NRO weisen darauf, daß diese Rechte durch die gegenwärtige Saatgutgesetzgebung unterminiert werden, die eindeutig die Interessen der kommerziellen Züchter, nicht die der Bauern stärkt. Davon sind nicht nur die Bauern und Bäuerinnen im Süden betroffen, sondern auch im Norden. Die biologische Vielfalt der Kulturpflanzen ist auch bei uns in Gefahr. So erläuterte Hannes Lorenzen, Fachmann bei Europäischem Parlament, wie das europäische Saatgutgesetz die Rechte der Ökobauern beschneidet, indem es ihnen den Kauf und die Vermehrung von vielfältigem Saatgut erschwert. Daß damit die Politik der EU im Widerspruch zu ihren

Aussagen bei der Leipziger FAO-Konferenz steht, wurde erst kürzlich erneut klar: „Die EU hat gerade ein umfangreiches Programm zur kombinierten ex situ und in situ Erhaltung pflanzengenetischer Ressourcen abgeschafft. Aber hier in Leipzig beteuert sie, alles für die Erhaltung der PGR tun zu wollen.“

Wer am Ende in die Röhre guckt, ist wie sooft die Verbraucherin, denn die Nichtanerkennung der Farmers' Rights, sei es im Süden wie im Norden, und die einseitige Saatgutgesetzgebung schränken nicht nur die biologische Vielfalt ein, sondern verhindern auch ein breites Angebot an gesunden und ökologisch angebauten Nahrungsmitteln. „Wir brauchen dringend umfassende Änderungen in der nationalen Gesetzgebung“, resümiert Ulf Swensson aus Schweden.

While the Technical Conference rolls on, will opposition to Farmers' Rights and truly sustainable agriculture roll over?

Über die Zukunft der Farmers' Rights und die entscheidenden Debatten in den nächsten Tagen in Leipzig informieren die NRO am Mittwoch, 19. Juni 1996, um 16.00 Uhr im Foyer vor dem Hauptsaal des Congress Centrum.

Die NRO veranstalten täglich während der Mittagszeit Podiumsdiskussion und Pressekonferenzen im NRO-Zelt auf dem Leipziger Messegelände.
Ihre AnsprechpartnerInnen: Rudi Buntzel / Kerstin Lanje
Telefon/Messegelände: 0341-6787426, Fax: 0341-678-7369 oder -7372.

V.i.S.d.P.: Annette Bus, Forum Umwelt & Entwicklung

Presseerklärung

Leipzig, 17. Juni 1996

**Die Saat ist das erste Glied in der Nahrungskette.
Aber ohne Saat keine Bauern und ohne Bauern
keine Vielfalt der Kulturpflanzen.**

**Internationale Nichtregierungsorganisationen (NRO)
verabschieden „Leipziger Verpflichtung zur Kulturpflanzenvielfalt“**

160 Nichtregierungs- und Basisorganisationen aus fünf Kontinenten haben am Sonntag in Leipzig einen gemeinsamen Aktionsplan zur Förderung der Kulturpflanzenvielfalt verabschiedet. Mit der 25 Punkte umfassenden „Leipziger Verpflichtung zur Kulturpflanzenvielfalt“ wollen die internationalen NRO mit Gemeinschafts- und Einzelprogrammen die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt sicherstellen. „Kulturpflanzenvielfalt sichert die Ernährung der Menschen. Die NRO hier in Leipzig sind sich einige darüber, wie BäuerInnen und VerbraucherInnen diese Vielfalt erhalten können“ erklärt Rudolf Buntzel vom Organisationskomitee der NRO.

Die Erklärung wurde im Rahmen der vom Forum Umwelt & Entwicklung veranstalteten internationalen NRO-Konferenz „In Safe Hands: Communities Safeguard Biodiversity“ erarbeitet, die unmittelbar vor der 4. Internationalen Technischen Konferenz zu pflanzen-genetischen Ressourcen der Welternährungsorganisation FAO in Leipzig stattfand.

„Die FAO-Konferenz ist weniger technisch als vielmehr hochpolitisch“, betont Vandana Shiva, Aktivistin aus Indien. Fünf Jahre lang hat die FAO ein - immer noch umstrittenes - internationales Dokument verhandelt, das sich mit Kontrolle und Management pflanzen-genetischer Ressourcen beschäftigt, also mit den Ressourcen, die absolut kritisch sind für die Welternährung. „Die letzte Verhandlungsrunde im April in Rom endete in einer Sackgasse“ erinnert Vandana Shiva. Die DiplomatinInnen verliessen Rom mit dem sogenannten Weltaktionsplan, der in Leipzig verabschiedet werden sollte - allerdings gab es noch 270 Textstellen, über die keine Einigung erzielt werden konnte. Im Gegensatz dazu konnten sich die NRO, die jetzt in Leipzig eine eigene Konferenz veranstalteten und auch diese Woche als Beobachter bei der offiziellen FAO-Konferenz teilnehmen werden, schnell auf einen Verpflichtungskatalog einigen.“

„Wir hoffen, daß die FAO-Konferenz erfolgreich ist“, so Henk Hobbelink von Genetic Action International (GRAIN) „aber die Regierungen müssen umdenken - und zwar gewaltig. Heute sind schon drei Viertel des Genmaterials der Kulturpflanzen ausgestorben. Warum? Ineffiziente und falsche Erhaltungsstrategien und ein industrieller Fließband-Ansatz in der Pflanzenzüchtung. Durch Generosion verschwinden jährlich 2% der pflanzen-genetischen Ressourcen, damit geht die Kulturpflanzenvielfalt doppelt so schnell verloren wie der tropische Regenwald“, erklärt Hobbelink.

„Die Regierungen sind so fixiert auf ihren High-Tech Ansatz zur Erhaltung der Kultur-pflanzenvielfalt, daß sie grundsätzliche Sachen aus den Augen verloren haben“, beklagt Carlos Vicente von CETAAR in Argentinien. „Indigene Völker sind nicht nur die ersten Völker gewesen, sondern auch die ersten Bauern. Und sie waren die ersten, die Land-wirtschaft gepflegt und weiterentwickelt haben - seit mehr als zehntausend Jahren. Indigene Völker haben jede einzelne der Kulturpflanze dieser Erde veredelt und sie sichern das wichtigste Ausgangsmaterial für die Weiterzüchtung der Ernährungspflanzen im Süden und im Norden. Ohne die indigenen Völker wird die Leipziger FAO-Konferenz ein Mißerfolg.“

Monica Opole aus Kenia fügt hinzu: „Die Erhaltung der Pflanzenvielfalt durch die bäuerlichen Gemeinschaften, ist wissenschaftlicher und weit billiger als der High-Tech Regierungsansatz der Erhaltung in Genbanken.“ In Vorbereitung auf die Leipziger Konferenz veröffentlichte die FAO einen umfassenden Weltzustandsbericht zu pflanzen-genetischen Ressourcen. In diesem Bericht wurde die Einführung industrieller Pflanzen-züchtung eindeutig als Hauptverursacher der Generosion und der Ernteanfälligkeit genannt. Im selben Bericht wurde auch darauf hingewiesen, daß mindestens die Hälfte der Genbankbestände vom Absterben bedroht ist. Die FAO-Konferenz muß nun Erhaltungs-strategien unterstützen, die von den Menschen an der Basis durchgeführt werden. Genbanken sollen lediglich eine zusätzliche Lagermöglichkeit darstellen.

Die FAO muß aber nicht nur den Ursachen der Generosion ins Auge blicken - sie muß auch einen Aktionsplan verabschieden, der die Erosion stoppt und die Kulturpflanzen-vielfalt wieder vergrößert. In ihren Leipziger Verpflichtungen haben die NRO dazu grundlegende Forderungen aufgestellt: Keine geistige Eigentumsrechte an Pflanzenarten und keine Patenten auf Lebendformen! Patentmonopole haben nicht nur zu Uniformität im Angebot der industriellen Pflanzenzüchter geführt sondern auch zu Monokulturen auf unseren Feldern. Auch das muß sich ändern - oder wir werden alle fünf Jahre hier in Leipzig sitzen und versuchen, die paar wichtigen Pflanzen, die es noch gibt, zu retten.

Über 100 TeilnehmerInnen der NRO Konferenz werden auch bei der offiziellen FAO-Konferenz dabei sein. Ihre Lobbyarbeit haben sie ebenfalls koordiniert, damit ihre Botschaft direkt an die Regierungsdelegationen gelangt und der am nächsten Sonntag zur Verabschiedung anstehende Globale Aktionsplan der FAO auch ihre Forderungen widerspiegelt.

Die Vielfalt der Kulturpflanzen ernährt Menschen - sie kann nur in Zusammenarbeit mit den Menschen erhalten werden, die sie seit zehntausend Jahren schützen.

Die NRO veranstalten täglich während der Mittagszeit Podiumsdiskussion und Pressekonferenzen im NRO-Zelt auf dem Leipziger Messegelände.
Ihre AnsprechpartnerInnen: Rudi Buntzel / Kerstin Lanje
Telefon/Messegelände: 0341-6787426, Fax: 0341-678-7369 oder -7372.

V.i.S.d.P.: Peter Mucke, Forum Umwelt & Entwicklung

**The Leipzig Commitment to Agricultural Biodiversity
erhalten Sie auf Anfrage beim Forum Umwelt & Entwicklung**



Forum Umwelt & Entwicklung, Postfach 20 04 25, 53134 Bonn

10. Juni 1996

Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel. 02 28-35 97 04
Fax 02 28-35 90 96

Pressemitteilung

DB Bahnhof Bad Godesberg
U Linie 16 und 63
H Rheinallee

NRO-Konferenz „In Safe Hands“ berät über die Zukunft der biologischen Vielfalt und Gerechtigkeit in der Landwirtschaft

Am kommenden Wochenende werden in Leipzig Menschen aus Basisbewegungen vieler Länder für drei Tage zusammenkommen, um über die Zukunft der biologischen Vielfalt in der Landwirtschaft und damit der Grundlage unserer Ernährungssicherung zu beraten.

Zu der Konferenz „In Safe Hands - Communities Safeguard Biodiversity for Food Security“ lädt das Forum Umwelt & Entwicklung, ein bundesweiter Trägerkreis von Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklungspolitik und aus ländlichen Initiativen, in das Neue Rathaus der Stadt ein. Von Freitag bis Sonntag wollen dort die etwa 120 TeilnehmerInnen aus Afrika, Asien, Süd- und Nordamerika und Europa debattieren und beschließen, welche gemeinsamen Forderungen sie in die anschließend tagende FAO-Konferenz zu pflanzengenetischen Ressourcen einbringen werden. Angekündigt haben sich auch namhafte AktivistInnen aus der Bewegung, darunter die Autorinnen und Öko-Feministinnen Vandana Shiva und Maria Mies, die beiden Träger des Alternativen Nobelpreises aus Äthiopien und Kanada, Melaku Worede und Pat Mooney, und der Vertreter des indigenen Netzwerkes für Biodiversität, Alejandro Argumedo.

Die Ergebnisse der FAO-Konferenz in Leipzig werden Konsequenzen für die zukünftige Agrarpolitik vieler Länder und die biologische Vielfalt unseres Planeten haben. Deshalb steht neben dem Austausch von Wissen und Erfahrung auch aktionsorientiertes Handeln auf der Tagesordnung der TeilnehmerInnen der NRO-Konferenz. Außerdem sollen Pläne für die zukünftige Zusammenarbeit und den Folgeprozeß von Leipzig geschmiedet werden. Daher werden dort etwa 80 NRO aus Nord und Süd vertreten sein, die langjährige Erfahrungen im Einsatz um eine gerechte Weltwirtschaft und um eine ökologische und menschengerechte Entwicklung mitbringen. Hierzu gehört das malaysische Third World Network, FENOC-I, ein Verband einheimischer LandarbeiterInnen aus Ecuador, das brasilianische Netzwerk zum Austausch alternativer Technologien, das kenianische Zentrum für indigenes Wissen und Handeln, die internationalen landwirtschaftlichen Lobbyorganisationen RAFI und GRAIN oder die Gaia Foundation aus Britannien. Aus Deutschland werden neben Brot für die Welt und dem Evangelischen Bauernwerk unter anderem die BUKO Agrarkoordination und das Pestizid Aktionsnetzwerk vertreten sein.

Während die Akteure internationaler Agrarpolitik auf der Konferenz der FAO zu pflanzengenetischen Ressourcen ihr zukünftiges Vorgehen im Rahmen industrieller Landwirtschaft debattieren wollen, treten die TeilnehmerInnen der Konferenz "In Safe Hands" für eine Option des Agrarsektors ein, die nicht den herrschenden Maximen des freien Marktes unterworfen ist. Im Zentrum der NRO-Debatten wird deshalb - verbunden mit dem aktiven Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt - auch der Einsatz für eine Umorientierung der Agrarpolitik und für eine selbstbestimmte Entwicklung von unten stehen.

Forum Umwelt & Entwicklung
Postfach 20 04 25
53134 Bonn
BLZ 380 500 00
Konto 260 11 999

Was ist der Hintergrund des Weltaktionsplans?

Ein wesentliches Ziel der FAO-Konferenz wird die Verabschiedung eines Globalen Aktionsplanes für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen für die Ernährung und Landwirtschaft sein. Die Idee eines solchen Plans reicht zurück in die 80er Jahre, als transnationale Konzerne landwirtschaftlich genutztes Saatgut zunehmend privatisierten. NRO und Regierungen von Ländern des Südens drängten im Rahmen der FAO auf eine multilaterale Kontrolle von Keim- und Pflanzgut und auf die Einführung verbindlicher Schutzrechte für bäuerliche Gemeinschaften, sogenannte Farmers' Rights. Gegen die Opposition industrieller Länder gelang es, ein internationales Abkommen zum freien Austausch pflanzengenetischer Ressourcen einzuführen, in dem auch die Rechte von LandwirtInnen auf Anerkennung ihrer züchterischen Vorleistungen festgestellt wird. Manko dieses Abkommens - auch als International Undertaking bezeichnet - ist seine Unverbindlichkeit. So blockierten die Industrieländer in der Folgezeit erfolgreich die ernsthafte Umsetzung der im Undertaking angesprochenen Farmers' Rights und damit verbunden Kompensationszahlungen an lokale und indigene Gemeinschaften. Durch den rasch wachsenden Einsatz bio- und gentechnischer Methoden und die beginnende Patentierung genetischer Ressourcen schließlich konzentrierte sich die Kontrolle über das Saatgut verstärkt in immer weniger Händen. Zu Beginn der 90er Jahre setzten sich deshalb einige Regierungen aus dem Süden und NRO aus Süd und Nord nachdrücklich für eine weltweite Bestandsaufnahme landwirtschaftlicher genetischer Ressourcen und für einen Plan zur Verpflichtung von Kompensationszahlungen ein. Darin sollte auch der Erhalt und die Nutzung landwirtschaftlicher biologischer Vielfalt geregelt werden. Die Konferenz von Leipzig, bei der nun erstmals ein Weltzustandsbericht vorgestellt und ein Aktionsplan verabschiedet werden soll, ist das Ergebnis dieser gemeinsamen Forderungen.

In einem parallel zur Konferenz verlaufenden Prozeß berät die FAO erneut das Undertaking, um seinen Inhalt mit der in Rio 1992 beschlossenen Konvention über die biologische Vielfalt abzustimmen. Wesentlich sind hier die Frage des Zugangs zu pflanzengenetischen Ressourcen und die Gewährung der Farmers' Rights. Das Abkommen sollte ursprünglich in Leipzig unterzeichnet werden. Doch haben Meinungsverschiedenheiten unter den Verhandlungspartnern den Prozeß soweit verzögert, daß erst in der ersten Hälfte des kommenden Jahres mit substantiellen Ergebnissen gerechnet wird.

In dem Weltzustandsbericht wird anerkannt, daß die hauptsächliche Verantwortung für die Erosion biologischer Vielfalt bei der industriellen Landwirtschaft liegt. Der bisher vorliegende Weltaktionsplan allerdings läßt diese Erkenntnis außen vor. Doch ohne die Anerkennung der Ursachen des Problems können keine schlüssigen Maßnahmen zum Schutz und Erhalt ergriffen werden. Aus diesem äußerst technokratischen Ansatz der symptomatischen Problemlösung resultiert deshalb eine Vielzahl von Widersprüchen in dem Weltaktionsplan, dessen Quintessenz ein simples "Weiter so!" ist.

Die größte Schwäche des Verhandlungsverlaufs aus der Sicht vieler NRO ist bisher, daß Aktionsplan und Undertaking getrennt behandelt werden. Das neue Undertaking soll den Rahmen setzen für das Was und Wie des Austauschs landwirtschaftlicher Ressourcen, der Aktionsplan soll die Umsetzung in praktische Politik gewährleisten. „Ein Aktionsplan ohne eine Vereinbarung über dessen Spielregeln ließe ihn zu einem Papier ohne politisches Gewicht verkümmern“, heißt es dazu in einer Analyse von GRAIN. Darüberhinaus fehlten in der vorliegenden Fassung konkrete Vorschläge für den Folgeprozeß nach Leipzig, sowie für die Finanzierung und kontrollierte Umsetzung des Planes. Das führte bereits zu heftigem Streit bei dem letzten Treffen der zuständigen Verhandlungskommission Ende April in Rom, auf dem die Regierungen der USA, Kanadas und Britanniens auf den Mechanismen des freien Marktes beharrten und lateinamerikanische Regierungen auf der Streichung wesentlicher Vorschläge zum Zugang zu Land und genetischen Ressourcen bestanden. Als Ergebnis der Debatten ist der Plan nun reichlich mit eckigen Klammern versehen, viele seiner besseren Elemente stehen erneut zur Diskussion. Sie laufen damit Gefahr, in Leipzig gekippt zu werden. So klammerte die FAO-Kommission beispielsweise kaum acht Monate nach der Weltfrauenkonferenz in Peking einen Hinweis auf die Bedeutung der Frauen für den Erhalt und die Verbesserung pflanzengenetischer Ressourcen ein.

Ohne daß die Industrieländer Geld auf den Tisch legen und transparenten und demokratischen Verhandlungen zustimmen, schätzen NRO, werden Folgeprozeß und Umsetzung des Weltaktionsplans im Sande verlaufen. „Ohne verbindliche Zusagen“, so befürchtet Rudi Buntzel vom Evangelischen Bauernwerk, „werden Regierungen nur jene Teile des Plans umsetzen, die ihnen passen, nicht aber den gesamten Plan.“ So könnte er rasch zu einem „Bereicherungsinstrument für Regierungen“ verkommen. Bei den Menschen vor Ort, die als Bäuerinnen und Bauern, Hirten, FischerInnen und WaldbewohnerInnen seit Generationen mit ihrer Arbeit zur landwirtschaftlichen Biodiversität beitragen, käme aber nichts an.

Deshalb wollen die TeilnehmerInnen der Konferenz „In Safe Hands“ einen „Richtigen Aktionsplan/Peoples' Plan of Action“ beraten, mit dem die Rechte bäuerlicher Gemeinschaften gestärkt und zudem deren gerechte Beteiligung an der Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen verankert wird.

Die NRO-Konferenz *In Safe Hands: Communities Safeguard Biodiversity for Food Security* findet statt
vom **14.-16. Juni 1996**
im **Neuen Rathaus in Leipzig.**

Weitere Informationen erhalten Sie beim

Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel: 0228-359704
Fax: 0228-359096
e-mail: DNR@OLN.comlink.apc.org

NRO-Koordinationsbüro
Dr. Rudolf Buntzel / Kerstin Lanje
Hainstraße 16-18
04109 Leipzig
Tel: 0341-2122664
Fax: 0341-2122667

oder im NRO-Zelt auf dem Messegelände

V.i.S.d.P. Peter Mucke, Forum Umwelt & Entwicklung